



WALTER BAUMGARTNER: „Menschen mit Beeinträchtigung verdienen es, dass wir mit ihnen einen Umgang pflegen, dass wir sie treffen, uns mit ihnen austauschen“

„Engmaschiges Sozialnetz“

Seit 2015 ist **WALTER BAUMGARTNER** Präsident der Bezirksgemeinschaft Eisacktal, die sich vor allem im Sozialwesen in den vergangenen Jahrzehnten zur wichtigsten übergemeindlichen Servicestelle für die Bevölkerung entwickelt hat. Im Interview mit dem „Brixner“ erklärt er, wie man versucht, die Sozialhilfeansuchen so korrekt wie möglich zu bearbeiten, und warum es sinnvoll wäre, weitere Dienste der Gemeinden zu übernehmen.

Herr Baumgartner, wie erklären Sie jemandem, der unsere lokalen Realitäten nicht kennt, was eine Bezirksgemeinschaft ist?

WALTER BAUMGARTNER: Wenn jemand von Deutschland oder Österreich kommt, dann erkläre ich ihm, eine Bezirksgemeinschaft sei ähnlich wie der deutsche Landkreis oder die österreichische Bezirkshauptmannschaft, nur mit halb so vielen Kompetenzen. In Deutschland und Österreich sind sie viel umfangreicher, und es gibt eine richtige Verwaltungsbehörde, ähnlich wie bei uns die Landes-

„Talgemeinschaften“ koordinierten somit die Investitionen in Infrastrukturen für die Berggebiete – zum Beispiel die enorm wichtigen Trinkwasserleitungen.

Und heute?

Heute bieten die Bezirksgemeinschaften grundsätzlich jene Dienste an, die übergemeindlich besser gelöst werden können als auf Gemeindeebene. Es wäre zum Beispiel vollkommen ineffizient, wenn jede kleine Gemeinde ihre eigene Mülldeponie oder eine eigene Kläranlage betreiben müsste.

wie Fahrradwege und Regionalentwicklung, wo man wiederum übergemeindliche Problematiken lösen kann.

Ist in Brixen die Überschneidung einiger Kompetenzen mit den Stadtwerken problematisch?

In Brixen ist die Bezirksgemeinschaft im Müllbereich nur für die Entsorgungsanlagen zuständig, nicht auch für den Sammeldienst wie andernorts. Ich sehe das nicht problematisch, weil die Kompetenzen klar abgegrenzt sind. Die Landesverwaltung tendiert im

mit braucht es im ganzen Land keine zusätzliche Anlage. Im Moment wird etwa die Hälfte des Biomülls des Pustertals aufwändig nach Oberitalien transportiert, weil die Kapazitäten bei uns zu klein sind.

Wie sehen Sie diese Entwicklung zur Zentralisierung von Diensten?

Zugegebenermaßen mit gemischten Gefühlen, weil sie nicht in allen Bereichen sinnvoll ist: Man riskiert, die Bindung zu den Gemeinden zu verlieren. Das Land ist

„Wenn jemand bei der EEEV falsche Angaben macht und wir die Richtigkeit dieser Informationen anzweifeln, melden wir dies der Finanzpolizei“ *— Walter Baumgartner, Präsident der Bezirksgemeinschaft Eisacktal*

abteilungen. Bei uns hingegen sind die Bezirksgemeinschaften in den Sechziger- und Siebzigerjahren entstanden, im Sinne des ersten staatlichen Berggesetzes aus dem Jahr 1952, mit dem der Staat Meliorierungen von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen auch auf Berggebiete ausweitete. Damit sah der Staat die Gründung von Zweckverbänden in Berggebieten vor, um deren wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. So entstanden in den Sechzigerjahren die ersten Talgemeinschaften in Südtirol, die 1971 wiederum durch das zweite staatliche Berggesetz als öffentlich-rechtliche Körperschaft anerkannt wurden. Diese

te. Die drei Hauptkompetenzen sind die Abwasseranlagen, die Müllentsorgungsanlagen und, seit 1993, die Sozialdienste. Sobald die Sozialdienste von den Bezirksgemeinschaften übernommen wurden, war dies ein Quantensprung in unserer Entwicklung: Unser Team wuchs von einem auf den anderen Tag von 14 auf fast 200 Mitarbeiter; heute sind es übrigens über 300. Die Bezirksgemeinschaft bildet außerdem ein wichtiges Bindeglied zwischen den einzelnen Gemeinden und der Landesverwaltung. Neben den Sozialdiensten und Umweltdiensten gibt es bei uns noch verschiedene Zusatzkompetenzen

Moment sowieso in die Richtung, gewisse Dienste nicht mehr auf Bezirksebene, sondern auf Landesebene zentral zu organisieren. Südtirol hat nur etwas mehr als 500.000 Einwohner; da würde sich eine zentrale Verwaltung bei einigen Diensten vielleicht lohnen.

Zum Beispiel?

Zum Beispiel beim Kompost: Die Vergärungsanlage von Biomüll wird nun in Lana in einer Dimension gebaut, dass sie fast den Biomüll der gesamten Provinz verarbeiten kann. Von 15.000 Tonnen Kapazität wird also auf 36.000 Tonnen aufgestockt – da-

für die Gemeindereferenten, die für Müll oder Abwasser zuständig sind, ein bisschen weit weg. Wenn wir uns hingegen im Abwasserbeirat der Bezirksgemeinschaft treffen, ist das einfacher, weil das Gremium überschaubar ist: Man kennt einander, feilt gemeinsam an lokal sinnvollen Lösungsvorschlägen. Die aufkommenden Probleme werden gemeinsam gelöst, Erfahrungen werden dazu genutzt, sich gegenseitig zu befruchten. Bei landesweiten Gremien läuft es vielleicht etwas professioneller ab, mit perfekten Powerpoint-Präsentationen und so, aber es fehlt die direkte Bindung zur lokalen Politik und damit der

direkte Austausch mit dem Territorium. Ein gutes Beispiel sind die Sozialdienste: Seit sie Anfang der Neunzigerjahre vom Land an die Bezirksgemeinschaften übergangen, ist die Bindung zum Territorium viel enger, Probleme werden viel lösungsorientierter behandelt.

Vielleicht wäre ein Mittelweg eine gute Lösung: die Verwaltung der Dienste lokal in den Bezirksgemeinschaften, die entsprechenden Infrastrukturen zentral?

Das ist der Weg, den man jetzt einschlagen möchte. Die Frage ist: In welchen Bereichen ist es sinnvoll, Dienste zu zentralisieren?

Das klassische Subsidiaritätsprinzip ...

Ja, die Bezirksgemeinschaften sind auch genauso konzipiert.

Könnte man sagen, dass mit den Bezirksgemeinschaften öffentliche Dienste entpolitisiert worden sind?

Teilweise schon, was aber nicht entbürokratisiert heißt – vor allem in der Verwaltung und Auftragsvergabe sind wir sehr strikt an die entsprechenden Regeln gebunden. Wir haben es von den Auflagen her sogar schwieriger als die Gemeinden, weil die Beträge höher sind. Die Bezirksgemeinschaft Eisacktal hat ein Gesamtbudget von etwa 40 Millionen Euro; es werden also oft ziemlich große Aufträge vergeben. Wir sind dementsprechend gezwungen, bürokratisch zu sein, tendenziell eher komplizierter und von den Prozeduren her schwerfälliger als eine Gemeinde. Das ist auch der Grund, warum bei uns der Verwaltungsapparat relativ aufwändig ist.

Ist es nicht paradox, dass alle Bezirksgemeinschaften in Südtirol andere Dienste anbieten und anders strukturiert sind?

Es stimmt; die Bezirksgemeinschaften sind ziemlich unterschiedlich organisiert. Das Land hat mit dieser Heterogenität keine besondere Freude, weil dadurch die Vergleichbarkeit der einzelnen Bezirksgemeinschaften nicht mehr gegeben ist – zum Beispiel beim Personalaufwand. Unsere Bezirksgemeinschaft ist mit ihren Leistungen viel breiter aufgestellt als andere; das hat sich historisch so entwickelt. Auch die

Sozialdienste sind nicht überall gleich organisiert wie bei uns. Im Vinschgau und Burggrafenamt hat man zum Beispiel manche Dienste völlig ausgelagert; das heißt, es gibt kein eigenes Personal, sondern vieles läuft über private Organisationen wie zum Beispiel die Lebenshilfe. Dass alle Bezirksgemeinschaften die exakt gleichen Dienste anbieten, wäre in diesem Sinn nicht gut, weil jede Talschaft andere Bedürfnisse und Rahmenbedingungen hat. Einzelne Erfolgsmodelle hingegen sollten von den anderen natürlich auch übernommen werden.

Sie sind auf der einen Seite Bürgermeister der Gemeinde Villanders und auf der anderen Seite Präsident der Bezirksgemeinschaft. Nehmen wir an, Sie hätten einen Zauberstab: Was würden Sie in der Bezirksgemeinschaft Eisacktal ändern? Wo gibt es Verbesserungspotenzial?

Da muss ich etwas ausholen: Derzeit versucht man krampfhaft, die Zusammenarbeit unter den Gemeinden zu intensivieren. Mehrere Gemeinden teilen sich den Gemeinsekretär oder irgendwelche Dienste wie Gebühren- und Steueramt, Bauamt oder Buchhaltung. Diese Kooperationen werden vom Land mit viel Geld belohnt: Vahrn erhält mit Franzensfeste, Mühlbach, Natz-Schabs und Rodeneck für die Zusammenarbeit in bestimmten Diensten zum Beispiel knapp 350.000 Euro vom Land, Villanders und Barbian gemeinsam etwa 136.000 Euro. Ich bin der Meinung, man hat in dieser Diskussion ganz bewusst die Bezirksgemeinschaften vergessen: Natürlich können Gemeinden zum Beispiel ein gemeinsames Personalamt führen, aber genauso gut hätte man überlegen können, einen solchen Dienst an die Bezirksgemeinschaft zu delegieren. Es wäre überhaupt kein Problem und synergetisch absolut sinnvoll, ein großes Personalamt für alle Gemeinden bei der Bezirksgemeinschaft anzusiedeln, das dann zum Beispiel für 700 anstatt nur für 300 Mitarbeiter die rechtlichen Problematiken, die Ausschreibungen und Wettbewerbe für alle Gemeinden durchführt. Die Verwaltung der Stundenpläne, der Urlaube und ähnliches würde nach wie vor in den jeweiligen Gemeinden erfolgen. Das wäre viel einfacher! So sehe ich das, aber fast kein Landespolitiker oder Bürgermeister ist für eine solche Lösung.

Warum?

Man befürchtet offensichtlich, dass ein paralleles politisches Machtzentrum entsteht, das von der Gemeindepolitik nicht gut kontrolliert werden kann. Das ist wohl der Grund, warum man bei den Bestimmungen zur Förderung von Gemeindekooperationen so lange herumgebastelt hat, bis die Bezirksgemeinschaften fast gänzlich aus der Diskussion ausgeschlossen waren. Hätte ich einen Zauberstab, so würde ich also im Interesse der Bürger und der einzelnen Gemeinden vor allem Verwaltungsdienste wie Personalamt, Buchhaltung oder Steueramt an die Bezirksgemeinschaften delegieren.

Sonstige Wünsche?

Na ja, da gäbe es jede Menge. Zum Beispiel wäre es vorteilhaft, die im Moment in der Peripherie angesiedelten verschiedenen Gebäude der Sozialdienste an einem zentraleren Sitz zusammenzuführen. Die Seeburg ist zwar einer der schönsten Flecken von Brixen, aber im Sinne der Inklusion ist der Standort nicht ideal. Dasselbe gilt für den Bartgaishof und auch für Kastell. Die WunderBar hingegen befindet sich im Zentrum von Brixen und liegt dort ideal. Menschen mit Beeinträchtigung verdienen es, dass wir mit ihnen einen Umgang pflegen, dass wir sie treffen, uns mit ihnen austauschen. In der Peripherie ist dies nur sehr bedingt möglich.

Wie hat Corona sich auf die Arbeit in der Bezirksgemeinschaft ausgewirkt?

Im Umweltbereich gab es nur geringfügige Probleme; relativ schwierige Situationen entstanden aber im Sozialbereich. Über die erste Welle sind wir gut gekommen, aber wir mussten mit der Zeit immer mehr Strukturen schließen, mehrere Mitarbeiter fielen aus. Es gab viele verzweifelte Familien, die uns kontaktierten, weil sie nicht mehr weiterwussten. Das Tagespflegeheim ist bis heute geschlossen; die Obdachlosen-Übernachtungsstätte hingegen war immer geöffnet. Wir haben zudem gemerkt, dass die Anzahl der Ansuchen zur Finanziellen Sozialhilfe (FSH) ordentlich nach oben geschossen ist. Das Land hat zusätzliche Gelder bereitgestellt, und unsere Mitarbeiter haben es kaum geschafft, die vielen Ansuchen zu bewältigen.



Walter Baumgartner: „Vor ein paar Jahren kursierte das Gerücht, dass mit Sozialhilfegutscheinen der Bezirks-gemeinschaft Flachbildschirm-Fernseher erworben wurden – was natürlich nicht stimmt“

Ich stelle mir das ziemlich schwierig vor: Wie entscheidet ein Beamter der Bezirks-gemeinschaft, ob jemand Sozialhilfe bekommen soll oder nicht?

Wir haben ausgebildete Mitarbeiter, die die Steuererklärung und andere Unterlagen nach klaren Kriterien analysieren, wie bei jedem anderen Ansuchen auch. Al-

les ist ziemlich genau vorgegeben, das System ziemlich ausgefeilt. In den letzten Jahren ist die Beurteilung der einzelnen Fälle viel professioneller und bürokratischer geworden. Einen diskretionären Entscheidungsspielraum gibt es aber trotzdem: Unsere Mitarbeiter schauen sich natürlich jede ansuchende Familie genau an, bevor sie eine Entscheidung treffen.

Sind damit ungerechtfertigte Auszahlungen von Sozialhilfen ausgeschlossen?

Nein. Die EEVE ist die Basis für die Bewertung des Vermögens und der Finanzkraft einer Familie, und wenn jemand dort falsche Angaben macht, können wir leider nicht recht viel tiefer gehen. Wenn wir aber Zweifel haben, melden wir dies der Finanzpolizei. Außerdem gibt es einige Rechtsunsicherheiten: Welche Nebeneinkommen müssen vom Ansuchenden angegeben werden, welche nicht? Allerdings ist das System viel sicherer als man meinen möchte. Manchmal kursieren in der Bevölkerung irgendwelche Gerüchte, die aber kein Fundament haben. Vor ein paar Jahren waren zum Beispiel einige Bürger fest davon überzeugt, es würden Gutscheine kursieren, die von der Bezirks-gemeinschaft ausgestellt worden sind; man wollte Leute beobachtet haben, die mit diesen Gutscheinen im Elektrofachhandel riesige Flachbildschirm-Fernseher erworben haben. Solche Mythen verbreiten sich wie ein Virus; dabei können sie schon allein deshalb nicht der Wahrheit

entsprechen, weil wir gar keine Gutscheine ausgeben.

Auch im Sozialwesen ist die Bezirks-gemeinschaft vielleicht die richtige Verwaltungsebene: Man kennt die eigenen „Klienten“ und kann deren Situation viel besser einschätzen, oder?

Ja, genau. Die Sozialdienste kennen die persönliche Situation der meisten Familien über die Jahre hinweg; sie kennen die Namen und die einzelnen Familienmitglieder. Eine Ebene tiefer wären bereits die einzelnen Gemeinden, die aber bei jedem einzelnen Ansuchen viel mehr politischen Druck aushalten müssten als eine Bezirks-gemeinschaft, um ein Ansuchen neutral bewerten zu können. Das Land hingegen wäre als Verwaltungsebene für die Sozialhilfen zu groß; da wären die Ansuchenden nur noch eine Nummer.

Gäbe es Verbesserungspotenzial bei den Kontrollen der verschiedenen Sozialhilfen?

Insgesamt schon. Zum Beispiel ist dem Land durchaus bewusst,



Walter Baumgartner: „So deutlich wie bisher haben wir den Mangel an Fachkräften noch nie gespürt – nahezu in allen Bereichen sind wir auf Personalsuche“

dass Geld der Pflegesicherung oft nicht dort landet, wo es sollte. Manchmal landen Teile davon auf einem Sparkonto – das ist nicht Sinn der Sache. Dabei geht es um große Summen: Das Land gibt für die Pflegesicherung jährlich über 200 Millionen Euro aus.

Zusätzliche Kontrollen sind andererseits aufwändig und schaffen noch mehr Bürokratie ...

Es ist in der Tat eine Gratwanderung. Leute, die Familienmitglieder pflegen müssen, sind allein dadurch sehr belastet. Strenge Kontrollen würden dazu führen, dass viele unschuldige Personen unter den damit zusammenhängenden Verpflichtungen leiden würden. Zudem verursachen zusätzliche Kontrollen natürlich auch Kosten. Kontrollen sind notwendig; ich denke, dass wir grundsätzlich auf einem guten Weg sind.

Die Kernbotschaft aber ist: Aufälligkeiten werden nicht unter den Tisch gekehrt, sondern an die Finanzpolizei gemeldet, die dann entsprechende Kontrollen durchführt und die Gelder zurückverlangt.

Das ist korrekt, ja. Gibt es konkrete Hinweise, dass die Unterlagen der Ansuchenden um Sozialhilfe irgendwie nicht zur Situation passen, schalten wir die Finanzpolizei ein. Und das ist nicht selten.

Das soziale Netz in Südtirol ist meinem Eindruck nach sehr eng geflochten.

Ja, ich bin derselben Meinung, in allen Bereichen. Es geht aber nicht nur um Sozialhilfen; wir sollten die Thematik breiter sehen. Ich mache ein Beispiel: Wenn öffentliche Betriebe Leistungen ausschreiben, wird meist jener beauftragt, der am günstigsten ist. Damit entsteht eine Preisdruckspirale, die am Ende gesellschaftlich Nachteile hat. Nehmen wir an, ein öffentlicher Betrieb sucht eine Reinigungsfirma, die so günstig wie möglich die Arbeiten durchführen soll. Das beauftragte Unternehmen ist dann geradezu gezwungen, diesen Preisdruck an die Mitarbeiter weiterzugeben, um rentabel arbeiten zu können – also werden Leute angestellt, die manchmal für wenige Euro pro Stunde arbeiten müssen. Das sind dann genau jene Leute, die bei uns in der Folge um Sozialhilfe anknöpfen. Das ist ziemlich pervers, weil oft zum Beispiel die Reinigungsfirma den Profit abschöpft und die Mitarbeiter wieder mit Steuergeldern gestützt werden müssen.

Die Anzahl der Ansuchen und auch die entsprechenden ausgeschütteten Gesamtsummen der Sozialhilfen sind ja so etwas wie ein Fiebermesser der Gesellschaft. Wie haben sich die Beträge im Laufe der Jahre entwickelt?

Dazu muss man etwas ausholen, damit wir nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Bis Ende 2012 konnte man zum Beispiel um Mietbeiträge sowohl beim WOBI als auch beim Sozialsprengel ansuchen. Ab

2013 sind die beiden Beitragsarten „Wohngeld“ des WOBI und „Miete und Wohnungsnebenkosten“ des Sozialsprengels zu einer neuen Leistung zusammengefasst worden, dem sogenannten „Mietbeitrag“. Diese Leistung ist je nach Auslaufen der alten Förderungen und Mietverträge tröpfchenweise an die Sprengel übergegangen, sozusagen bei jedem neuen Mietvertrag oder jeder Verlängerung ab 1. Jänner 2013. Dementsprechend gab es bis 2017 auch einen deutlichen Anstieg bei den Beiträgen für Miet- und Nebenkosten. In diesem Bereich werden wir also erst in ein paar Jahren eine realitätsnahe Tendenz erkennen können.

Und in der Finanziellen Sozialhilfe?

Unabhängig von der Sondersituation in der Covid-19-Pandemie ist hier eine tendenzielle Reduktion des Bedarfs an Geldern zu verzeichnen, was auf einen guten Arbeitsmarkt in der Bezirksgemeinschaft zurückzuführen ist. 2015 hatten wir noch 4.891 Gesuche und einen ausgeschütteten Betrag von 1.035.000 Euro beim sozialen Mindesteinkommen und 4.069.000 bei den Mietbeiträgen und Wohnungsnebenkosten; 2019 waren es 4.225 Gesuche und 785.000 Euro beim sozialen Mindesteinkommen und 3.974.000 bei den Mietbeiträgen und Wohnungsnebenkosten. In den Jahren 2020 und 2021 ist die Anzahl der Gesuche durch Corona enorm gestiegen: Wir haben 7.183 Gesuche bearbeitet und 1.700.000 Euro Covid-19-Zusatzhilfen aus-

geschüttet; diese Jahre verfälschen also die Tendenz.

Und wie wird es in den nächsten Jahren aussehen?

Aufgrund der Pandemie ist es sehr schwierig, Aussagen zu den benötigten Geldern in der FSH für die Zukunft zu machen: Der Arbeitsmarkt ist zum Teil sehr bewegt, die Langzeitfolgen der Pandemie noch nicht absehbar. Auch wir als Sozialdienste spüren die Folgen von Covid-19: Zum Beispiel hatten wir Mindereinnahmen, weil das Tagespflegeheim nach wie vor geschlossen ist; die Covid-19-Bestimmungen sind dort nicht einhaltbar. Für unsere Strukturen haben wir derzeit eine sehr starke Nachfrage – sei es für die Aufnahme, aber auch für unsere Dienstleistungen. So deutlich wie bisher haben wir den Mangel an Fachkräften noch nie gespürt. Nahezu in allen Bereichen sind wir auf Personalsuche.

Lassen Sie uns über die Infrastrukturen kurz sprechen: Der Bau der Fahrradwege wird auch von den Bezirksgemeinschaften organisiert.

Bei den Fahrradwegen wird die Bezirksgemeinschaft in Zukunft unwichtiger werden; diese Thematik ist ziemlich stark an die Südtiroler Transportstrukturen AG (STA) delegiert worden, die eine eigene Einheit in der Abteilung „Green Mobility“ dafür geschaffen hat. Dabei geht es um eine südtirolweite Strategie zur Weiterentwicklung der Fahrradwege; Bau und Wartung sollen weiterhin bei der Bezirksgemeinschaft bleiben. Die Fahrradwege wurden in Vergangenheit geplant und gebaut, um den Bedürfnissen des Tourismus gerecht zu werden. Inzwischen denkt man aber auch an den täglichen Weg zur Arbeit oder zur Schule, was meiner Meinung nach auch sinnvoll ist.

Im Sinne des Klimaschutzes?

Ja, natürlich. Wir müssen aber auch darüber nachdenken, wie wir das Thema Nachhaltigkeit in unserem eigenen Unternehmen und in unseren Diensten besser verankern. Da gibt es noch großen Handlungsbedarf.



willy.vontavon@brixner.info
Leserbriefe an: echo@brixner.info